

EDITORIAL

Wirtschaftliche Trends und Hamburg

Hamburgs Wirtschaft entwickelt sich erfreulich positiv. Damit das noch lange so bleibt, beobachtet und analysiert der HWWI-Kompetenzbereich »Wirtschaftliche Trends und Hamburg« die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern, insbesondere in der Europäischen Währungsunion und in Deutschland, um die Entscheidungsträger der Metropolregion Hamburg rechtzeitig auf möglichen Handlungsbedarf hinzuweisen.

Eine wesentliche Aufgabe des Kompetenzbereiches ist zudem die wissenschaftlich fundierte Politikberatung und Information der Öffentlichkeit. Der Kompetenzbereich betreibt darüber hinaus Forschung mit dem Ziel, die Grundlagen für wissenschaftlich fundierte Konjunkturanalysen und -prognosen zu gewährleisten. Außerdem sollen Wachstumstrends identifiziert werden und darauf aufbauend Empfehlungen für eine langfristige, innovative und ordnungspolitisch konsistente Wirtschaftspolitik erarbeitet werden.

Eine Informationsbroschüre über den Kompetenzbereich finden Sie im Internet unter <http://www.hwwi.org/kompetenzbereiche/trends.htm> MB

IN DIESER AUSGABE

Welthandelsboom als Triebfeder der Konjunktur in Norddeutschland Seite 1/2

Außenwirtschaftsförderung und wirtschaftsnahe Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand Seite 3

Chancen der Zuwanderung Seite 4

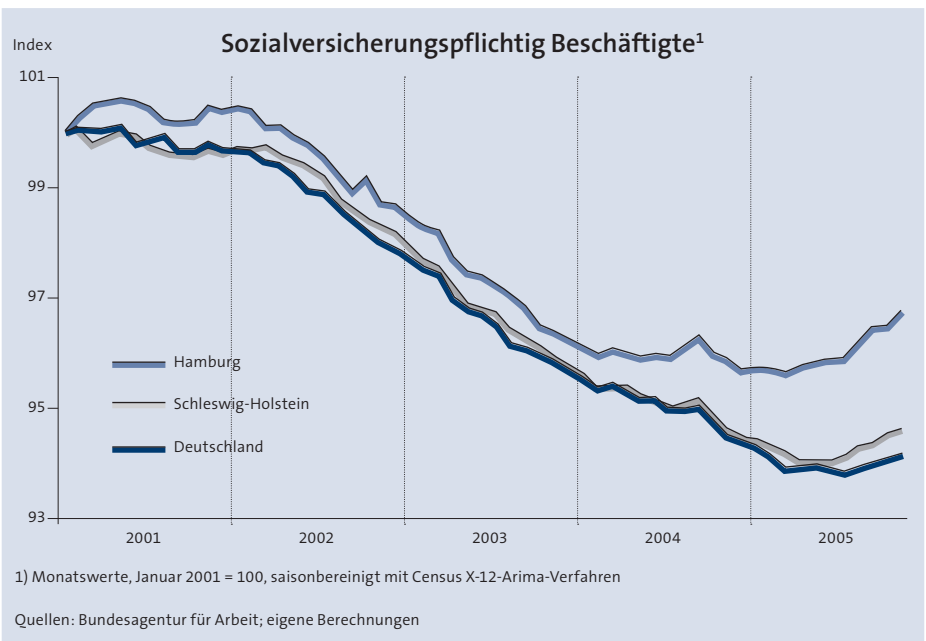
KONJUNKTUR

Welthandelsboom als Triebfeder der Konjunktur in Norddeutschland

Im Gefolge der kräftigen Expansion der Weltwirtschaft und des boomenden Welthandels hat auch in Deutschland die Konjunktur im vergangenen Jahr deutlich an Fahrt gewonnen. Die beiden norddeutschen Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein standen dabei auf der Sonnenseite der Konjunktur. Von Christiane Brück und Eckhardt Wohlers

Hamburg gehörte wegen seiner Funktion als internationale Handelsdrehscheibe zu den Nutznießern des Welthandelsbooms. Die wirtschaftliche Dynamik war deshalb in der Hansestadt deutlich höher als in Deutschland insgesamt; das reale Bruttoinlandsprodukt stieg 2005 mit 1,3% stärker als im Bundesdurchschnitt (+0,9%). Erfolgreich waren insbesondere die Wirtschaftsbereiche, die von der kräftig expandierenden Weltwirtschaft profitierten, wie die Industrie, der Verkehrssektor mit dem Hafen und der Groß- und Außenhandel. Ebenfalls mit einer positiven Bilanz konnte angesichts des florierenden Städtetourismus

das Gastgewerbe aufwarten. Eine weitere wichtige Säule der Konjunktur waren die unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Dagegen litten der Einzelhandel sowie haushaltsnahe und öffentliche Dienstleistungen unter der Konsumschwäche bzw. dem Zwang zur Haushaltskonsolidierung. Das Baugewerbe konnte 2005 erstmals seit mehreren Jahren wieder einen leichten Umsatzanstieg verbuchen; ob das bereits ein Ende der langjährigen Talfahrt signalisiert, ist wegen der weiterhin rückläufigen geleisteten Arbeitsstunden unsicher. Die konjunkturelle Erholung fand mehr und mehr auch ihren Niederschlag auf



dem Arbeitsmarkt. Bei der Zahl der Erwerbstätigen verzeichnete Hamburg im vergangenen Jahr das beste Ergebnis aller Bundesländer. Während sie in den anderen Bundesländern fast ausnahmslos zurückging und im Bundesdurchschnitt um 0,3% sank, erhöhte sie sich in der Hansestadt um 0,8%. Dabei ist in Hamburg im Gegensatz zur Entwicklung in Deutschland insgesamt auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder spürbar gestiegen.

In Schleswig-Holstein hat sich die konjunkturelle Lage im vergangenen Jahr ebenfalls deutlich verbessert. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahre 2005 mit 1,5% Prozent ebenfalls stärker als im Bundesdurchschnitt. Erheblichen Anteil daran hatten der anhaltende Aufschwung der Weltwirtschaft und der boomende Welthandel. Davon profitierte nicht zuletzt die Industrie, aber auch der Groß- und Außenhandel konnte dank der regen Außenhandelsaktivitäten steigende Umsätze verbuchen. Rückenwind erhielt die Wirtschaft überdies von der anhaltend kräftigen Nachfrage nach Telekommunikationsleistungen. Im Einzelhandel bildete sich nach mehreren mageren Jahren 2005 wieder eine Aufwärtstendenz heraus. Für das Gastgewerbe, das zunächst unter dem ungünstigen Wetter zu leiden hatte, brachte die zweite Jahreshälfte doch noch einen versöhnlichen Abschluss mit steigenden Gästezahlen. Im Baugewerbe hielt dagegen im vergangenen Jahr der Abwärtstrend an. Der Dienstleistungssektor stützte ebenfalls die Konjunktur. Positiv war die Bilanz insbesondere im Bereich Grundstücks- und Wohnungswirtschaft. Auch die privaten und öffentlichen Dienstleistungen trugen im Jahre 2005 dank des expandierenden Gesundheitswesens zur konjunkturellen Erholung bei.

Auf dem Arbeitsmarkt hat die konjunkturelle Erholung bisher kaum Niederschlag gefunden. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im vergangenen Jahr weiter gesunken; der Rückgang um 0,3% entsprach dem Bundesdurchschnitt. Noch stärker ging die Zahl

der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurück. Hier gibt es allerdings einen Lichtblick: Saisonbereinigt ist sie in der zweiten Jahreshälfte erstmals seit längerem wieder leicht gestiegen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland in diesem Jahr weiter festigt. Der Export bleibt ein wichtiger Konjunkturmotor, aber auch die Binnennachfrage wird in Schwung kommen. Zusätzlichen Schub erhält die Konjunktur durch die Finanzpolitik. Überdies lässt die für Anfang 2007 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer Vorzieheffekte erwarten. Unter diesen Umständen wird es 2006 zu einer merklichen Beschleunigung der konjunkturellen Expansion mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,5% kommen, der aber bereits 2007 wieder eine deutliche Verlangsamung folgen wird.

Die Wirtschaft im Norden wird schon wegen des anhaltenden Aufschwungs der Weltwirtschaft im Jahre 2006 im Aufwind bleiben. Hauptnutznießer werden die Industrie, der Verkehrssektor und der Groß- und Außenhandel sein. Die Industrie profitiert überdies von der Festigung der Investitionsneigung in Deutschland. Dies gilt auch für die unternehmensbezogenen Dienstleistungen, die eine tragende Säule der Konjunktur bleiben werden. Bei den mehr binnenmarktorientierten Bereichen kommt mit der Aufhellung der Stimmung bei den Verbrauchern nach mehreren mageren Jahren allmählich Land in Sicht. In den Sommermonaten dürften zudem von der Fußballweltmeisterschaft einige Impulse ausgehen.

In Hamburg dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1½ bis 2% zunehmen. Dabei werden sich die Beschäftigungsperspektiven weiter aufhellen. „Jobmotoren“ sind insbesondere die unternehmensnahen Dienstleistungen, der Groß- und Außenhandel und der Verkehrssektor mit dem Hafen. Auch im Gastgewerbe und im Einzelhandel nimmt die Neigung zu Neueinstellungen zu. In die-

sen Bereichen dürfte es sich bei den neu geschaffenen Arbeitsplätzen aber wohl großenteils um Minijobs handeln. Schließlich wird auch die Fußballweltmeisterschaft zumindest vorübergehend zusätzliche Jobs bringen. Schätzungen sprechen von 5 000 Stellen in den Bereichen Fremdenverkehr, Gastronomie und Sicherheit, von denen sicherlich einige auch längerfristig Bestand haben werden. Angesichts der günstigen Beschäftigungsaussichten dürfte die Zahl der Arbeitslosen spürbar zurückgehen, so dass auch von dieser Seite eine Entspannung zu erwarten ist.

Auch für Schleswig-Holstein wird 2006 konjunkturell ein gutes Jahr. Die Erholung wird sich verstärken und an Breite gewinnen; das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 1,5 bis 2% zunehmen. Gleichwohl werden sich die Beschäftigungsperspektiven nur zögernd aufhellen. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürfte sich im Laufe des Jahres eine leichte Aufwärtstendenz herausbilden. Zu einem Beschäftigungsaufbau wird es vor allem im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Grundstückswesen, bei den unternehmensnahen Dienstleistungen und im Gesundheitsbereich kommen. Im Einzelhandel und im Gastgewerbe bahnt sich zwar ebenfalls eine Wende an. Bei den neuen Jobs dürfte es sich aber auch hier zu einem erheblichen Teil um Minijobs handeln. Die Zahl der Arbeitslosen wird in diesem Jahr zwar sinken. Alles in allem wird sich die Lage am Arbeitsmarkt aber nur wenig entspannen.

STUDIE

Das HWWI erarbeitet halbjährlich im Auftrag der HSH Nordbank eine Konjunkturanalyse für Hamburg und Schleswig-Holstein. Die komplette, soeben erschienene aktuelle Regionalstudie 1/06 „Die Wirtschaft im Norden – Die Konjunktur in Hamburg und Schleswig-Holstein im Jahr 2005“ ist im Internet abrufbar unter <http://www.hwwi.org/publikationen/partnerpublikationen.htm>

Außenwirtschaftsförderung und wirtschaftsnahe Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand

Der Koalitionsvertrag fordert die Weiterentwicklung und Verzahnung der beiden Politikfelder Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sowie eine bessere Koordinierung zwischen den beteiligten Ministerien: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Auswärtiges Amt (AA). Globalisierungseffekte, sowohl in Entwicklungs- und Schwellenländern als auch in den entwickelten Ländern, machen ein Überdenken der Ziele und Instrumente der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Partnerländern nötig.

Von Gunnar Geyer, Albrecht von Gleich und Karl-Wolfgang Menck

Die Forderung nach einem Überdenken der Entwicklungszusammenarbeit ist nicht neu. Jetzt freilich ist Handeln geboten. Unter den Bedingungen einer zunehmenden Globalisierung muss die bilaterale Kooperation zu Wirtschaftswachstum und Überwindung der Armut beitragen. Doch können in einem global sich verändernden Umfeld nicht mehr alle bisher bewährten Instrumente, Organisationsformen und Schwerpunkte der deutschen Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit weiterhin effizient, zielgerichtet und somit erfolgreich wirken.

Je mehr die Entwicklungszusammenarbeit einerseits auf Wirtschaftsförderung und auf die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft abzielt und die Privatwirtschaft einbezieht, trägt sie auch zur Förderung der Außenwirtschaftsbeziehungen Deutschlands bei. Außenwirtschaftsförderung andererseits soll und kann Entwicklungszusammenarbeit weder verdrängen noch ersetzen. Das Ziel muss sein: Beide sollen sich sinnvoll ergänzen, indem sie arbeitsteilig zusammenarbeiten, zum Nutzen der Entwicklungsländer wie der deutschen Wirtschaft.

Folgende Überlegungen illustrieren dies exemplarisch:

Außenwirtschaftspolitik in Zeiten der Globalisierung ist mehr als Exportförderung: Zunehmende internationale Verflechtung der deutschen Unternehmen sowie wachsende Importanteile an den Exporten stellen traditionelle Formen der Export- und Investitionsförderung in Frage. So kann sich der erste Schritt einer Förde-

rung der Exporte oder der Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen im zweiten Schritt als eine Exportförderung des Ziellandes und somit letztlich als eine Förderung der deutschen Importe auswirken.

Die neue geopolitische Lage lässt eine Trennung von Politikbereichen immer weniger zu: So ist zum Beispiel die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auch ein Teil der Wirtschafts-, Außen- und der Sicherheitspolitik. Für das Entwicklungsland Afghanistan beispielsweise ist primär das AA zuständig. Fördermaßnahmen zu Gunsten deutscher Unternehmen im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (Beispiel: Public-Private Partnership) verwischen Grenzen und Zuständigkeiten zwischen BMZ und BMWi. (Nicht zufälligerweise heißt das BMZ Bundesministerium für *wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*).

Die generell in der Wirtschaft herrschenden Konzentrationstendenzen und die daraus resultierenden Vorteile bei internationalen Aktivitäten führen auch bei Inanspruchnahme der Außenwirtschaftsförderung tendenziell dazu, größere Unternehmen zu begünstigen: Kleinere und mittlere Unternehmen drohen benachteiligt zu werden, solange für sie die Relation zwischen Projektvolumen und Bürokratiekosten ungünstiger ist.

Die Entwicklung funktionierender Banken- und Finanzierungssysteme in Schwellenländern stellt die traditionellen Export- und Investitionsfinanzierungen sowie Exportgarantien vor neue Fragen. Zum Bei-

spiel wird die Finanzierung deutscher Investitionen in China großenteils bereits über Banken in Hong Kong abgewickelt.

Die existierende Außenwirtschaftsförderung ist traditionell auf die Güter der produzierenden Wirtschaft ausgerichtet. Der an Bedeutung rasant zunehmende Bereich der Dienstleistungen ist vielfach benachteiligt. Indien hat im Vergleich zu China nicht deshalb weniger Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen, weil das Land als Investitionsstandort weniger attraktiv wäre. Indiens Wirtschaftsstruktur hat einen viel größeren tertiären Sektor, der per se weniger Investitionsvolumen erfordert, gleichzeitig aber nicht von der klassischen Außenwirtschaftsförderung erfasst ist.

Eine inhaltliche Trennung zwischen Außenwirtschafts-, Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik muss durch Arbeitsteilung und Koordination ersetzt werden. Je stärker die Politik auf die Mitwirkung der Privatwirtschaft – auch zur Erreichung der Millenniumsziele – setzt, desto mehr gibt es keinen Grund, die Grenzen zwischen den Politikbereichen zu erhalten. Dies erfordert auch Überlegungen, welche organisatorischen Konsequenzen daraus in der Zukunft zu ziehen sind.

Dieser Artikel bezieht sich auf erste Ergebnisse des Forschungsprojektes „Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit – Herausforderungen und Implikationen für die Politik“, das die Autoren derzeit im HWWI-Kompetenzbereich »Internationaler Handel und Entwicklung« durchführen. Eine Veröffentlichung der Analyse ist im Laufe des Jahres 2006 vorgesehen.

Chancen der Zuwanderung

Die Länder West- und Mitteleuropas wurden in den letzten Jahrzehnten weltweit zu einem der wichtigsten Ziele von Einwanderern. Heute leben in der Europäischen Union (EU-25), dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Schweiz ca. 40 Millionen Zuwanderer; also Personen mit Geburtsort in einem anderen Land. Das sind 8,5% der Gesamtbevölkerung West- und Mitteleuropas. Trotzdem betrachtet die europäische Öffentlichkeit Zuwanderung in der Regel weder als kontinuierlichen Prozess noch als wirtschaftliche und demographische Chance, die politisch geregelt werden sollte. *Von Nadia Vadean und Rainer Münz*

Angesichts des schwachen gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der einsetzenden Schrumpfung der einheimischen Bevölkerung schwankt die Zuwanderungsdebatte zwischen der Angst vor zusätzlicher Belastung und der Hoffnung auf einen Impuls von außen. Bei Letzterem geht es um die Chancen, die eine gesteuerte Einwanderung bieten könnte: die Wirtschaft zu beleben, mehr Nachfrage zu schaffen sowie die Rentenkassen durch zusätzliche Beiträge zu entlasten.

Empirische Studien zeigen, dass die Auswirkungen der Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt – insbesondere auf Löhne und Beschäftigung – im Aufnahmeland gering sind. Dies hängt damit zusammen, dass eine durch Zuwanderer erhöhte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sowie Produktivitätssteigerungen die Beschäftigung erhöhen und die potenzielle Lohnsenkung ausgleichen. Dennoch sind innerhalb Europas die Auswirkungen unterschiedlich. Zum Beispiel blieb das Lohn- und Beschäftigungsniveau in Griechenland, Italien, Spanien und Großbritannien trotz beträchtlicher Einwanderung während der letzten Jahre unverändert. Eine Verdrängung von Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt war nicht feststellbar.

Im Gegensatz dazu waren negative Effekte auf dem belgischen und dem deutschen Arbeitsmarkt zu beobachten. Gründe dafür waren ein verstärkter Konkurrenzkampf zwischen neuen und alten Zuwanderern, ein Arbeitsmarktregime, das die Flexibilität erheblich einschränkt, sowie eine niedrige Mobilität der einheimischen

Arbeitnehmer. Dennoch wurde durch die Konvergenz des Lohnniveaus und der Beschäftigung zwischen den Regionen Europas die Arbeitsmarkteffizienz gesteigert.

Lange Zeit galten die Zuwanderer als zusätzliche Belastung für die Sozialsysteme. Tatsächlich trifft dies keineswegs überall zu. Die Beiträge von Zuwanderern zum jeweiligen sozialen Sicherungssystem hängen vor allem vom Modus der Rekrutierung bzw. den Bedingungen der Einwanderung, vom Zugang zum Arbeitsmarkt des Ziellandes sowie vom Ausbildungsniveau der Zuwanderer ab. In den Ländern mit Dominanz der Arbeitsmigration und selektiver Einwanderungspolitik (z.B. Großbritannien) zahlen Zuwanderer mehr in die Sozialkassen ein. Positive Beiträge sind auch in jenen Staaten zu beobachten, die es eher schaffen, die erste Generation der Migranten bzw. deren Kinder in ihre Arbeitsmärkte zu integrieren (z.B. Griechenland, Portugal und Spanien).

Die Zuwanderer beeinflussen auch die Zahlungsbilanz der Aufnahmeländer. Dank Informationen über Heimatmärkte und bestehende Geschäftskontakte beleben sie den Handel der Zielländer mit den Herkunftsländern. Weiterhin erzeugen sie beträchtliche Kapitalabflüsse. Die Summe der Rücküberweisungen von Migranten aus den EU-Mitgliedstaaten betrug im Jahr 2003 nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) über 30 Milliarden Euro. Dies ist jedoch nicht als wirtschaftlicher Verlust zu betrachten. Die Rücküberweisungen können die Exporte der Aufnahmeländer finanzieren und sich zu-

sätzlich fördernd auf deren Wettbewerbsfähigkeit auswirken.

Die Zuwanderung steuert in den meisten Fällen zum Wirtschaftswachstum der Aufnahmeländer bei. Immigranten, die Kapital besitzen, steigern den Konsum und hoch qualifizierte Ausländer sind komplementär zu den Investitionen in den Wirtschaftszweigen, in denen sie tätig sind. Studien zeigen, dass sie weitere Investitionen im Zielland induzieren. Gering qualifizierte zugewanderte Arbeitskräfte senken hingegen erwartungsgemäß die Produktivität des jeweiligen Sektors. Allerdings unterstützen genau jene gering qualifizierten Zuwanderer den Erhalt mancher arbeitsintensiver Sektoren (z.B. Landwirtschaft, Bausektor). Einen hohen Beitrag zum Wirtschaftswachstum können Zuwanderer nur dann leisten, wenn sie ihrer Qualifikation entsprechend beschäftigt sind. Häufig sind aber hochqualifizierte Zuwanderer in gering qualifizierten Jobs beschäftigt, da ihre Diplome und Qualifikationen im Zielland nicht anerkannt werden. Dies führt zu einem beträchtlichen Ressourcenverlust.

Die Chancen, welche die Zuwanderung bietet, können nur ausgeschöpft werden, wenn die Arbeitsmarktintegration der Einwanderer gelingt. Voraussetzung dafür ist einerseits die Auswahl der Zuwanderer nach Qualifikation, andererseits ein leichter Zugang zu Arbeitsmarkt und Ausbildung sowie die Anerkennung bereits im Herkunftsland erworbener Qualifikationen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt fördert zugleich die Integration in die Aufnahmegesellschaft insgesamt.